Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3893.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 388. **Sonnabend** den 2. August 1902. **96. Jahrgang.**

„Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit".

Ω Dieser Satz kehrt in den Berichten über die Verhandlungen der Zolltarifcommission fast bei jeder neuen Position wieder und jetzt, bei der Berathung der Eisenzölle, die man mit Recht den geschäftlichen Ausgangspunct, aber auch das Fundament des gewerblichen Schutzsystems genannt hat, erst recht. Diese Wiederholung darf von den Freunden einer gemäßigten Zollpolitik freudig begrüßt werden, insbesondere für den Fall, daß der Tarif doch noch zur Parole für die nächsten allgemeinen Wahlen werden sollte. Die Socialdemokratie setzt sich durch diese ihre Taktik mit den zu ihr haltenden Arbeitern zahlreicher Fabrikationszweige und zugleich aber auch mit der in ihrem Schooße längst vorherrschend gewordenen wirthschaftspolitischen — natürlich, das versteht sich bei der Zukunftsstaats-Partei von selbst, zeitlichen wirthschaftspolitischen — Theorie in Widerspruch. Diese ist, zunächst allerdings noch von Getreide, Vieh und dergleichen abgesehen, schutzzöllnerisch. Kautsky hat dem Freihandel abgesagt und Schippel hat, es ist dies erst kurze Zeit her, unter Hinweis auf die den deutschen Arbeitern besonders gefährliche amerikanische Concurrenz ausgerufen: „Wer sind denn bei uns die Freihändler? Antwort: Die freisinnigen Kleinbürger und die Beamten!" Das Beharren auf dem bloßen Consumentenstandpunct ist von den wissenschaftlichen Vertretern keiner nationalökonomischen oder socialen Richtung härter verurtheilt worden als von denen der Socialdemokratie. Das Licht dieser hohen Erkenntniß ist, wenn auch durch schmale Ritzen, sogar in die Reichstagscommission gedrungen. Der Abgeordnete Hoch hat dort lebhafte Zustimmung und warmen Dank Seitens des Grafen Posadowsky geerntet durch den Ausspruch: „Das ist richtig, wer nichts zu bieten hat, um Zugeständnisse zu machen, der kann nicht zu Handelsverträgen gelangen," zu Handelsverträgen notabene, die eine Reihe von Schutzzöllen festlegen; der absolute Freihandel braucht keine Verträge, er will die heimische Arbeit „autonom" zu Grunde gehen lassen. Und Bernstein, der eben erst aus dem Idealstaat der Manchesterleute, aus England, hereingekommene Eduard Bernstein? Er verwarf in der Commission den Zoll auf Eisen. Aber der für ihn gewichtigste Grund war der, daß der beantragte Zollsatz, wenn auch ein etwas erhöhter, einem schleudernden amerikanischen Export gegenüber kein ausreichendes Abwehrmittel sei. Bekomme man es mit einer solchen Praxis der Amerikaner zu thun, so helfe nur ein — Einfuhrverbot. Nun ist aber das Einfuhrverbot zweifellos die vollkommenste Verwirklichung des Schutzgedankens, freilich auch dessen gefährlichste Form der Fleischwerdung, weshalb sie gerade gemäßigte Wirthschaftspolitiker nach Thunlichkeit zu vermeiden suchen. Wie also der „Genosse" Hoch die Nothwendigkeit eines autonomen Tarifs mit nicht zu niedrigen Sätzen, so hat „Genosse" Bernstein die Möglichkeit der Eintrittes einer Schutzbedürftigkeit, und für diesen Fall die Unabweisbarkeit denkbar weitgehendster Befriedigung anerkannt. Das ist schon etwas für eine Fraction von der — Disciplin der socialdemokratischen.

Man hat Hoch, worauf wir schon aufmerksam gemacht, in den Amtsblättern der Partei todtgeschwiegen und Bernstein nur zu Worte kommen lassen, weil seine Ausführungen sich schließlich doch unter der stehenden Rubrik: „Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit" anbringen ließen. Es giebt aber auch eine nichtamtliche socialdemokratische Presse. Sie setzt sich aus der Mehrzahl der Organe der Gewerkschaften zusammen und sie wagt sich schon jetzt, obwohl dazu in der That Muth gehört, mit Widerspruch hervor. Der schon kurz citirte „Correspondent der Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Filzwaarenindustrie" bezweifelt nicht, daß die von den Herren Reißhaus und Baudert, zwei sehr wohlsituirten „Genossen", in der Reichstagscommission lebhaft befürwortete Verwerfung der Zölle auf Haarhüte von den Arbeitern der Branche mit „Kopfschütteln aufgenommen wird." Es ist aber etwas Stärkeres als mißbilligendes Erstaunen, was sich kund giebt, es ist Entrüstung. Der „Correspondent" bemerkt nämlich späterhin:

„Die ausländischen Hauptaufabrikanten haben diese für sie günstigen Umstände mit Erfolg ausgenutzt; die deutsche Haarhutmacherei ist fast concurrenzunfähig geworden — und nun soll ihr nach Doctor Eisenbart'schem Recept vollends der Garaus gemacht werden durch die Zollfreiheit. Die (gemeint sind eben die ausländischen Concurrenten. Die Red.) Millionäre und Arbeiteraussauger schlimmster Sorte, wie Hückel in Neutitschein (Mähren), heimsen bei der Zollfreiheit noch größere Profite ein und — die deutschen Haarhutarbeiter können hungern oder betteln."

Es wäre thöricht, sich zu wundern, und unbillig, es zu tadeln, daß die hier zu Worte kommenden Arbeiter sich gegen ihre parlamentarischen Zwingherren der Ironie bedienen, die sie Jahrzehnte lang von eben diesen Herren gegen die deutsche „Bourgeoisie" haben führen hören. Die socialdemokratischen Machthaber werden sich durch solche Vorhaltungen und Beschwörungen nicht erweichen lassen, denn — sie können nicht mehr zurück. Sie haben ihre Sache für die nächsten Wahlen einmal auf die „Zollfreiheit" gestellt, in der Meinung, die industriellen Arbeiter würden über die „Brodwucher"-Sätze alles Andere und auch die im Zolltarif enthaltene Förderung ihrer eigenen Interessen vergessen. Die vorstehende Preßstimme ist nicht das erste Anzeichen dafür, daß die Rechnung wenigstens für eine Reihe von industriellen Erwerbszweigen eine irrige war. Für Wahlen wäre eine von Hunderttausenden von Arbeitern gern gehörte Losung „Nicht Hungern und nicht Betteln" eine der Socialdemokratie sehr unbequeme Erscheinung. Und wenn sie, sobald es zur Entscheidung über den Tarif im Plenum des Reichstags kommt, auf ihre Obstructionsabsichten verzichten wird, so kennt man schon jetzt den Beweggrund: die Socialdemokratie muß froh sein, wenn vor dem Wahlkampf ein Tarif ins Trockene gebracht ist und sie mit der Gegnerschaft der extremen Agrarier gegen Handelsverträge, die ja jeder Arbeiter will, operiren kann. In jedem der beiden möglichen Fälle ist es also erwünscht, und die Freitagssitzung der Commission (s. u. Dtsch. Reichstag) hat die Erfüllung dieses Wunsches gebracht, daß es, namentlich unter Fortdauer der Führung des mit Recht so beliebten Herrn Stadthagen, in der Commission weiter geht wie bisher und aus den Berichten nicht die Angabe verschwindet: „Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit!"

Die polnische Sprache in den Schulen.

Man schreibt uns:

Wie verlautet soll in der Gymnasialanstalt zu Schwerz die polnische Sprache als facultativer Lehrgegenstand für deutsche Schüler in den Lehrplan wieder aufgenommen werden, nachdem der Unterricht in der polnischen Sprache vor 3 Jahren aufgehoben worden war.

Diese Wiederaufnahme des polnischen Sprachunterrichts hat Manches für sich, aber auch Manches gegen sich. In jedem Falle aber versteht es sich ganz von selbst, daß nur deutsche Schüler an dem Unterrichte zu betheiligen sind. Hierüber ereifert sich allerdings die „Köln. Volksztg.", die es als gutes Recht der polnischen Schüler erklärt, ebenfalls an dem Unterrichte theilzunehmen, da die Söhne polnischer Eltern, die dies thun wollen, entweder überhaupt noch kein Polnisch könnten oder zwar die Sprache beherrschten, aber Grammatik und Orthographie kennen lernen wollten. Die „Köln. Volksztg." wird nicht eben viele Söhne polnischer Eltern ausfindig machen können, die der polnischen Sprache nicht mächtig wären. Hingegen wissen wir von den Kindern polnischer Eltern — der Vater war Lehrer an einem königlich preußischen Realgymnasium, was den Fall besonders charakteristisch macht —, daß ihre Kinder bis zum sechsten Lebensjahre auch noch nicht ein Wort der deutschen Sprache hatten lernen dürfen. Unter diesen Umständen den Söhnen polnischer Eltern auch noch auf dem Gymnasium polnischen Sprachunterricht zu ertheilen, wäre ein wirklicher Geniestreich.

Für deutsche Schüler, insonderheit solche, die Beamte werden wollen, hat die Erlernung der polnischen Sprache allerdings mancherlei Vortheile, worunter wir nicht etwa persönliche Vortheile verstanden wissen wollen, sondern Vortheile im Staatsinteresse. Wir denken dabei in erster Reihe an die Richter. Die Uebersetzungen der Aussagen polnischer Zeugen, Angeklagter oder Parteien durch die Dolmetscher sind oft sehr mangelhaft, woran in der Regel mangelnde Auffassungsgabe des Dolmetschers die Schuld trägt. Wenn also der Richter in der Lage ist, den Dolmetscher zu controlliren, so wird dadurch die Möglichkeit, das Recht zu finden, gesteigert. Wir denken ferner an die Polizeibeamten. So lange die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, daß politische Versammlungen in polnischer Sprache abgehalten werden dürfen und also nicht wegen des Gebrauchs dieser Sprache aufgelöst werden dürfen, bestehen bleibt — wir bedauern zwar lebhaft diese Entscheidung, denn es erscheint uns doch wohl schlüssig, daß öffentliche Erörterungen über die Politik des Staates auch in der Sprache des Staates stattzufinden haben, aber sie besteht doch nun einmal —, so lange wird es auch wünschenswerth und nothwendig sein, daß die Polizeibeamten in der Lage sind, den polnischen Reden zu folgen.

Neben diesen Vortheilen hat die quasi officielle Erlernung der polnischen Sprache auch mancherlei Nachtheile, vor allen Dingen den, daß die deutschen Beamten, die die polnische Sprache auf der Schule erlernt haben, nachher einen gewissen Stolz auf ihre Kenntnisse besitzen und geneigt sind, die Sprache im Verkehr mit dem polnischen Publicum, eventuell auch im geselligen Verkehr, ohne Weiteres anzuwenden, statt erst festzustellen, ob es den Polen durchaus unmöglich ist, sich der deutschen Sprache zu bedienen.

Davon aber ist unter allen Umständen auszugehen: daß es nämlich das Wünschenswerthe und Erstrebenswürdige sein muß, daß der Verkehr zwischen dem Beamtenthume eines deutschen Staates und den Angehörigen dieses Staates auch in deutscher Sprache stattfindet. Und deshalb meinen wir, daß der Staat seine Aufmerksamkeit mehr darauf zu richten hätte, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Polen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sich immer mehr einengt, als daß die deutschen Schüler die polnische Sprache erlernen.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 1. August. (Die Zollreform von 1878/79 und die Entwickelung der Industrie.) Als der Staatssekretär des Innern in der Sitzung der Zolltarifcommission am Mittwoch, nachdem er die Wichtigkeit des Schutzes der heimischen Gütererzeugung der ausländischen Concurrenz gegenüber hervorgehoben hatte, fragte, ob man glaube, daß Deutschland auch ohne die wirthschaftliche Umkehr von 1879 industriell so hoch emporgeblüht wäre, tönte ihm aus der äußersten Linken ein lebhaftes Jawohl entgegen. Aus diesem Anlaß ist es angebracht, daran zu erinnern, wie der verstorbene Abgeordnete Dr. v. Siemens, der sich zur freisinnigen Vereinigung hielt, am 14. Februar 1900 vor versammeltem Reichstag ausdrücklich sagte, wir seien aus dem wirthschaftlichen Beharrungszustande des sechsten und siebenten Jahrzehnts des abgelaufenen Jahrhunderts seit der Bismarck'schen Zollreform im Jahre 1878 herausgetreten; die ganz neue industrielle Entwicklung, in der wir uns seit der Einführung der Schutzzölle befänden, sei ein Resultat der 1879er Zollpolitik des Fürsten Bismarck. Diese Schutzzollpolitik vom Jahre 1879 habe zur Folge gehabt eine ungeheuere, fast krankhafte Entwicklung unserer Industrie, welcher die Landwirthschaft leider nicht gefolgt sei. Im Gegentheil habe die Landwirthschaft einen Theil ihrer Arbeitskräfte an die Industrie abgegeben. Dies Zeugniß, eines gerade vom Freisinn so hochgeschätzten Mannes, verdiente doch gerade bei seinen politischen Freunden ein wenig mehr Beachtung.

* **Berlin**, 1. August. Zu der Frage der Vereinfachung der Personentarife schreibt die „Zeitg. des Vereins deutsch. Eisenbahnverw.":

„Diese Vereinfachung wurde sofort dankend entgegengenommen, soweit die Lage der Reisenden sich dadurch verbesserte; dahin gehört z. B. der Ersatz der Sommerkarten durch die billigeren Rückfahrkarten. Anders lag die Sache da, wo die Vereinfachung gewisse Preiserhöhungen zur Folge haben mußte. Als diese Erhöhungen thatsächlich eintraten, wurden sie von den betroffenen Personen nicht gerade mit Jubel entgegengenommen. Das begreift sich ja. Die Art und Weise, wie sich gewisse Kreise aber — und zwar nicht allein die Leute, die von jeder Gelegenheit, den Eisenbahnen etwas am Zeuge zu flicken, gern Gebrauch machen — gegen diese Erhöhungen wehrten, wie sie kein Mittel unversucht ließen, um diese angeblich berechtigten Eigenthümlichkeiten für alle Zeiten für sich zu behalten, wie sie die Wirkungen der meist ganz geringfügigen Erhöhungen maßlos übertrieben — diese Vorgänge bilden kein gerade anziehendes Capitel in der neuesten Geschichte unseres Verkehrswesens. Es fehlt eben, wie es scheint, vielfach das Verständniß dafür, daß der Nutzen, den die Gesammtheit von einer wirthschaftlich guten Maßregel hat, in keiner Weise beeinträchtigt oder gar weit gemacht wird durch geringe Nachtheile, die für einzelne Kreise dadurch herbeigeführt werden. Und wer wollte es bestreiten, daß es an sich grundsätzlich gedeihen und richtig ist, wenn Jedermann unter den gleichen Voraussetzungen denselben Preis für dieselbe Leistung einer Verkehrsanstalt von der Größe und Bedeutung der preußischen Staatsbahnen zahlt? Daß die Preise für die einfachen, für die Rückfahrkarten, für Sonntagskarten, für Gesellschaftskarten, für Sonderzüge im ganzen Land naturgemäß die gleichen sein müssen? Nehmen wir einmal an, es gelte die Beförderungspreise für ein plötzlich vorhandenes Eisenbahnnetz von dem Umfang der preußisch-hessischen Staatsbahnen neu zu bilden: wem würde es da wohl einfallen, die Preise für Sonderzüge und Sonntagskarten nach dem Harz anders zu bemessen, als nach dem Thüringer Wald, dem Teutoburger Wald, dem Sauerland, dem Riesengebirge? Andere Preise aufzustellen für eine Vergnügungsfahrt nach Stettin als nach Greifswald oder Stralsund? An dem einen Orte Fahrpreisermäßigungen nur am Sonntag, am anderen auch am Mittwoch oder Donnerstag zu bewilligen? Derartige Ungleichheiten, derartige Vergünstigungen einzelner Gegenden sind eine Ungerechtigkeit gegenüber all den Gegenden, für die sie nicht gelten. In Folge der Verlängerung der Dauer der Rückfahrkarten hat sich im letzten Jahre die Zahl der zusammengestellten Fahrscheinhefte um über 50 Procent vermindert, ebenso wie die Arbeit in den Dienststellen, von denen die Fahrscheinhefte verkauft werden. Einzelne dieser Dienststellen haben eingezogen werden können. Auch die Fahrgelderstattungsanträge sollen sich erheblich vermindert haben."

⊙ **Berlin**, 1. August. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt, daß im „Vorwärts" am 18. Juni mitgetheilte Angaben des Arbeiterbundes in Littauen und Polen unrichtig seien. Nach den Angaben hätten russische Gendarme in russischer Uniform in Begleitung eines deutschen Gendarmen in einer Reihe von Restaurationen und Einfahrten in Bajohren bei Memel Haussuchungen vorgenommen und nach unerlaubten russischen Schriften gefahndet. Die „Nordd. Allg. Ztg." fügt hinzu: Nach amtlicher Ermittelung fanden in der betreffenden Zeit Haussuchungen in Bajohren überhaupt nicht statt. Die Gastwirthe in Bajohren, die sämmtlich über die angeblichen Vorgänge vernommen worden sind, haben ausgesagt, daß zwar russische Gendarmen wiederholt über die Grenze gekommen seien, aber nur Bier getrunken, kleinere Einkäufe gemacht, oder für sie bestimmte Sachen abgeholt haben.

B. **Berlin**, 1. August. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." schreibt: „Nach einer vom „Bureau Laffan" übermittelten Meldung der „Daily Mail" soll ein siamesischer Viceminister als Specialcommissar für Europa in Neapel gelandet sein und sich auf dem Wege nach Berlin befinden, wo er von Kaiser Wilhelm empfangen werden soll. Hinzugefügt wurde, dieser siamesische Specialcommissar wäre beauftragt, mit dem deutschen Reiche über einen Handelsvertrag zu verhandeln. An unterrichteter Stelle erfahren wir, daß bisher hier kein siamesischer Specialcommissar angemeldet worden ist." (Andere Berliner Blätter haben bereits, wie mitgetheilt, die Ankunft einer siamesischen Sondergesandtschaft unter Führung eines Prinzen Chira gemeldet. Red.)

B. **Berlin**, 1. August. (Privattelegramm.) Ein Verein selbständiger polnischer Barbiere und Friseure Berlins und der Vororte soll in den nächsten Tagen ins Leben gerufen werden. Besondere polnische Vereine bestehen bereits für die Gewerbe der Bäcker, Gärtner, Schlächter und Tischler. (Nat.-Ztg.)

— Die Rückreise der Kaiserin nach Cadinen, wo die Kaiserin voraussichtlich bis gegen Mitte August verbleiben wird, erfolgt am 3. August. Der noch in Cadinen weilende Prinz Adalbert von Preußen wird sich demnächst mit Genehmigung des Kaisers nach dem Jagdschloß Rominten begeben, um sich dort über die Jagdverhältnisse zu unterrichten und gegebenen Falles kurze Zeit der Jagd obzuliegen. Auf der Rückreise von Rominten wird Prinz Adalbert in Königsberg i. Pr. übernachten und am anderen Tage (voraussichtlich am nächsten Sonntag) die Sehenswürdigkeiten der alten Krönungsstadt in Augenschein nehmen.

— Zu der Frage der Zulassung russischer Studentinnen zum Studium an der Berliner Universität beschloß der Verein studirender Frauen zu Berlin einstimmig folgende Erklärung:

Wir im Verein studirender Frauen vertretenen deutschen Studentinnen sind uns durchaus der Gefahr bewußt, die durch die wahllose Zulassung minderwerthig vorgebildeter Ausländerinnen der Sache des Frauenstudiums drohen würde. Wir begrüßen jede Bestimmung, die der Vorbildung der weiblichen Studirenden ein möglichst hohes Niveau sichert. Wir wenden uns aber auf das Entschiedenste gegen die Auffassung dieser Bestimmung, als wolle man die russischen Studentinnen ihres sittlichen Verhaltens wegen von der Universität entfernen. Wir betonen, daß wir bei unserm gemeinsamen Studium mit den Russinnen keinerlei Erfahrungen gemacht haben, die für eine derartige Auslegung den geringsten Anlaß gäben. Wir würden es bedauern, wenn die Handhabung der neuen Ministerialbestimmung auch diejenigen Ausländerinnen der Universität fern hielte, die thatsächlich eine der deutschen gleichwerthige Vorbildung nachweisen könnten.

Diese Erklärung ist sehr überflüssig, da ausdrücklich in der „N. A. Z." gesagt worden ist, die Ministerialbestimmung richte sich nicht ausnahmslos gegen die Russinnen, sondern nur gegen die wissenschaftlich ungenügend vorgebildeten.

— Die Entlassung aller Arbeiter, welche länger als vier Wochen krank sind, aus städtischen Diensten, hat die Deputation der städtischen Gaswerke angeordnet. Den kranken Arbeitern ist ein amtliches Schreiben zugegangen, in dem es heißt: „Es wird Ihnen mitgetheilt, daß Sie aus dem Dienst der städtischen Gasanstalt mit dem heutigen Tage entlassen sind. Sobald Sie Ihre Dienstfähigkeit wieder erlangt haben werden, soll Ihrer Wiedereinstellung bei vorhandener Vacanz jedoch nichts entgegenstehen." Dies Schreiben haben auf der 2. städtischen Gasanstalt 16 erkrankte Arbeiter erhalten.

— Der Vorsitzende des Reichstagscentrums, Graf Hompesch, ist zum Ehrenballi des Malteserordens ernannt worden und hat das Großkreuz des Malteserordens erhalten.

⊙ **Kiel**, 1. August. (Telegramm.) Die Kaiserin ist heute Mittag hier eingetroffen. — Prinzessin Heinrich und Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen sind heute Nachmittag zwei Uhr mit ihren Kindern von Hemmelmark kommend hier eingetroffen. Die hessischen Herrschaften verlassen voraussichtlich heute Abend Kiel.

⊙ **Eckernförde**, 1. August. (Telegramm.) Die Kaiserin ist heute Mittag 1 Uhr mittels Sonderzuges hier eingetroffen und hat die Reise nach Grünholz fortgesetzt zum Besuche des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein und Gemahlin.

⊙ **Schwerin i. Mecklenburg**, 1. August. (Telegramm.) Heute Mittag 12 Uhr traf der Kaiser mit den Herren des Gefolges hier ein. Auf dem reichgeschmückten Bahnhofe waren zum Empfang erschienen: der Großherzog, welcher Kürassier-Uniform trug, die Herzöge Paul Friedrich, Johann Albrecht, Adolf Friedrich, Heinrich Borwin, sowie Prinz Heinrich XVIII. von Reuß. Zum Ehrendienst beim Kaiser ist Oberstleutnant v. Manteuffel commandirt. Auch der mecklenburgische Gesandte in Berlin, v. Oertzen, war anwesend und ebenso die Spitzen der Militär- und Civilbehörden. Eine Ehrencompagnie des 89. Regiments war am Bahnhofe aufgestellt. Der Kaiser, welcher Marineinfanterieuniform trug, begrüßte den Großherzog aufs Wärmste. Nach Begrüßung der übrigen Fürstlichkeiten und der Vorstellung der Umgebungen schritten der Kaiser und der Großherzog die Front der Ehrencompagnie ab und ließen die Compagnie alsdann in Parademarsch vorbeidefiliren. Dann begrüßte der Kaiser die anwesenden Minister und bestieg mit dem Großherzog den Wagen zur Fahrt nach dem Schloß. Eine Schwadron Dragoner escortirte. Die Feststraße vom Bahnhofe am Pfaffenteich vorüber nach dem Schloßplatze war prächtig mit Triumphbogen, Guirlanden und Flaggenmasten geschmückt. Kriegervereine Mecklenburgs und zahlreiches Publicum bildeten Spalier. Die Monarchen, welche im offenen Vierspänner fuhren, wurden überall stürmisch begrüßt. Im Schloß empfingen die fürstlichen Damen und die Hofchargen den Kaiser. Das Frühstück fand in der Waffenhalle statt. Beim Frühstück führte der Kaiser die Großherzogin Marie und saß zwischen dieser und der Herzogin Paul Friedrich. Gegenüber dem Kaiser saß der Großherzog. Nachmittags 3 Uhr begaben die Fürstlichkeiten sich auf dem Dampfer „Obotrit" über den Schweriner See nach dem Schlosse Wiligrad, wo bei dem Herzog und der Herzogin Johann Albrecht der Thee genommen wurde. Das Publicum brachte allenthalben lebhafte Huldigungen dar. Das Wetter ist kühl und trübe. — Der Kaiser verlieh dem Oberhofmarschall v. Hirschfeld den Rothen Adler-Orden I. Classe und dem Präsidenten des Staatsministeriums Graf v. Bassewitz-Levetzow, dem Justizminister Dr. von Amsberg und dem Generaladjutanten Generalleutnant Freiherrn v. Maltzahn den Kronen-Orden I. Classe.

* **Aus Posen.** Zum Falle Löhning schreibt die „Pos. Ztg.":

Für uns gibt es in der bekannten Sache vorläufig ein „Non liquet" — erst „audiatur et altera pars"! Wenn Berliner liberale Blätter auf den Leim gingen, so ist das nicht unsere Sache. Das Wort: „O lieb', so lang du lieben kannst", ist auch uns heilig; aber wir hätten uns zu dem betreffenden Schreiben nicht — herabgelassen. Weshalb erhielt es keine der Posener Zeitungen? Ist das nicht auch symptomatisch für einen Ultramontanen, der nicht zum ersten Mal „Eros' Rosenfesseln" auf sich nahm? Natürlich wußten davon die Berliner liberalen Blätter nichts; die „Nat.-Ztg.", „Voss. Ztg.", auch „Berl. Tagebl." werden schon anders schreiben, wenn sie erst genauer unterrichtet sind. Die „Ehre des Feldwebels" — wie die „Voss. Ztg." sagt eines hochachtbaren Mannes — hat mit der ganzen politischen Sache nichts zu thun.

Die Spötteleien persönlicher Natur sind nicht nach unserm Geschmack; im Uebrigen aber wird das Blatt über die rein politische Seite schon gut unterrichtet sein, wenn auch die „Ehre des Feldwebels" vorläufig aus der Discussion noch nicht völlig ausgeschieden werden kann.

⊙ **Essen a. d. Ruhr**, 1. August. (Telegramm.) Wegen Beleidigung des Chefredacteurs der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", Dr. Reismann, wurde heute Vormittag der Verleger und Herausgeber der „Deutschen Bergwerkszeitung" in Essen, Ruhre, vom hiesigen

SLUB
Wir führen Wissen.